

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbeitslosigkeit - Gewerkschaften - Schrottfonds - EG - Polen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Arbeitslosigkeit - Gewerkschaften - Schrottfonds - EG - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136473>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosigkeit Unkonventionelle Ansätze

Die Arbeitsmarkt-„Bilanz“ für 1988 bietet zur Zufriedenheit kaum Anlaß. Zwar ist die Beschäftigtenzahl zügig gestiegen. Nach wie vor aber entsprach der Zuwachs an Arbeitsplätzen gerade dem Zustrom an Arbeitssuchenden, und die Arbeitslosenzahl verharrte bei 2,2 Millionen. Die Aussichten für 1989 sind nicht günstiger. Bei dem zu erwartenden, etwas verlangsamten Wachstum wird die Beschäftigtenzahl zwar vorerst weiter kräftig zunehmen. Aber auch der Zustrom von Stellensuchenden dürfte nahezu unvermindert anhalten. Daher ist auch in diesem Jahr nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Zur Bekämpfung der – weitgehend strukturellen – Arbeitslosigkeit helfen alte Rezepte von der Art staatlicher Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe nicht. Sie würden nur ein „Strohfeuer“ entfachen. Auf den Bausektor konzentriert, würden sie vor allem den Preisauftrieb verstärken. Jedoch auch das neue Rezept Angebotspolitik hilft nicht, wenn es von der Regierung zwar angekündigt, aber dann – wie bis heute – nur halbherzig verfolgt wird.

Nötig erscheint von seiten der Regierung eine konsequenter Politik zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Nötig wäre aber auch, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften, auch im Zusammenwirken mit staatlichen Institutionen, weit mehr als bisher um eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemühen und dafür neue Wege suchen. Beispiele für Neuerungen wären für Langzeitarbeitslose quasi-ehrenamtliche Tätigkeiten, wie sie der Sachverständigenrat vorschlägt, oder auch die Kombination von Maßnahmen zum Erwerb zusätzlicher Qualifikationen mit der Gelegenheit zur Einarbeitung zu einem niedrigen Einstiegsentgelttarif. Um Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzielen, sind neue Ideen und unkonventionelle Ansätze erforderlich. sp

Gewerkschaften Streit um Sonntagsarbeit

Angesichts eines zunehmenden Wettbewerbs in Europa, verschärft durch den bevorstehenden EG-Binnenmarkt, hat sich der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe für ein Überdenken der Sonntagsarbeit ausgesprochen. Nicht nur – wie bisher – aufgrund technologischer Erfordernisse, sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen könne auf die (begrenzte) Sonntagsarbeit nicht verzichtet werden. Diese solle statt in Einzelabschlüssen auf betrieblicher Ebene in Tarifverträgen festgeschrieben werden. Damit hat Rappe einen offenen Streit mit seinen DGB-Kollegen ausgelöst.

Insbesondere im Hinblick auf eine schwierige Tarifrunde im kommenden Jahr, in der die IG-Metall die 35-Stunden-Woche durchsetzen will und deshalb auf die Solidarität aller DGB-Gewerkschaften angewiesen ist, wehren sich die Gewerkschaften entschieden gegen das ihrer Meinung nach „voreilige“ Eingehen des IG-Chemie-Chefs auf Arbeitgeberwünsche. Darüber hinaus seien Rappes Äußerungen mit Blick auf den EG-Binnenmarkt dazu geeignet, dem befürchteten Sozialdumping Vorschub zu leisten. Ziel gewerkschaftlicher Politik sei vor allem, die Arbeitsbedingungen europaweit zu verbessern; dazu gehöre eine Verringerung der Samstags- und Sonntagsarbeit sowie der Abend- und Nachtschichten. Hier waren die deutschen Gewerkschaften in jüngerer Zeit nicht erfolgreich: Heute arbeiten in der Bundesrepublik mehr Arbeitskräfte am Sonntag als zu Beginn der achtziger Jahre.

Aus rein ökonomischer Sicht gibt es zwar keine Argumente für die Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntags. Eine wohlhabende Gesellschaft muß jedoch nicht allein nach materiellem Besitz streben; sie kann sich auch sozialen Wohlstand leisten. Deshalb sollte die Arbeit am Sonntag auch weiterhin auf das Notwendigste beschränkt werden. dw

Schrottfonds Wenig durchdachte Gebühr

Kaum ist das Pfand für Plastikflaschen beschlossen, da denkt der Bundesumweltminister schon an eine ähnliche Abgabe für Autos. Als Begründung wird angeführt, daß die vollständige Beseitigung von Autowracks wegen des steigenden Kunststoffanteils immer aufwendiger wird. Um die Autoverwertung weiterhin zu sichern, soll daher ein Schrottfonds der Automobilindustrie geschaffen werden, der aus einer Abgabe beim Neuwagenkauf finanziert wird.

Die Autofahrer müßten eigentlich erfreut darüber sein, daß ihnen die Mühe der Verschrottung ihres alten Fahrzeugs gegen eine geringe Gebühr – die Rede ist von 200 DM – abgenommen wird. Tatsächlich aber besteht diese Mühe gar nicht, denn die Autoverwertung ist gegenwärtig durchaus noch wirtschaftlich. Für eine

Subventionierung der Schrottindustrie mit Hilfe einer Verschrottungsgebühr fehlt daher jede Grundlage.

Aus der Sicht des Umweltschutzes hätte die Abgabe dann einen Sinn, wenn sie das Abfallaufkommen verringerte. Das würde am sichersten erreicht, wenn Autofahrer wegen des gestiegenen Neuwagenpreises ganz auf das Autofahren verzichteten. Dazu aber wird eine Umweltabgabe von im Durchschnitt kaum einem Prozent des Neuwagenpreises sicher nicht ausreichen. Wenn es aber darum geht, die Recyclingquote zu erhöhen und damit Deponien und Müllverbrennungsanlagen zu entlasten, so hilft eine Verschrottungsgebühr schon deshalb nicht weiter, weil sie die Herstellung „abfallfreundlicher“ Autos nicht belohnt. Vielmehr müßte den Automobilfirmen und ihren Zulieferern ein Anreiz für die Suche nach geeigneten technischen Lösungen schon bei der Fertigung gegeben werden. Ein Auto ist eben ein etwas komplizierteres Produkt als eine PET-Flasche. ma

EG

Subventions-Sündenregister

Nach mehrjährigen Vorarbeiten hat die EG-Kommission jetzt einen umfassenden Bericht über die staatlichen Beihilfen der Mitgliedsländer vorgelegt. Dokumentiert werden in diesem Sündenregister die Verstöße gegen die Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik für die Jahre 1981-1986.

Vom absoluten Umfang her war die Bundesrepublik mit umgerechnet 39 Mrd. DM nach Italien mit 58 Mrd. DM das Land mit den jahresdurchschnittlich höchsten Subventionen in diesem Zeitraum. Bezogen auf die Größe der Volkswirtschaft rangiert sie mit 2,5% des BSP allerdings im Mittelfeld, während das Spitzenerzetz aus Luxemburg, Italien und Irland besteht. Anlaß zur Sorge gibt die Entwicklung der deutschen Beihilfen, insbesondere im Vergleich zu den großen Nachbarländern. 1981 waren die Beihilfevolumina der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs noch etwa gleich hoch; nur Italien fiel mit einem fast doppelt so hohen Wert aus dem Rahmen. 1986 lagen die deutschen Subventionen aber schon 40% über den (weitgehend gleichgebliebenen) französischen und 100% über den (rückläufigen) britischen. Die in den Zahlen zum Ausdruck kommenden Sünden deutscher Subventionspolitik – angefangen beim Bergbau über den Airbus bis zur Landwirtschaft – sind letztlich auch eine Ursache dafür, daß die Bundesrepublik im Dezember 1988 die gegen den geltenden Stahlbeihilfen-Kodex verstoßenden massiven Subventionen an die staatliche italienische Stahlindustrie (Finsider/Ilva) akzeptierte.

Wenn der Beihilfenbericht jetzt regelmäßig erstellt wird, so ist zu hoffen, daß die Kommission ihre Beihilfenaufsicht intensivieren und dem Subventionswahnsinn entgegenwirken kann. Hinsichtlich der für Ende 1992 geplanten Verwirklichung des EG-Binnenmarktes kommt es wesentlich darauf an, daß die Liberalisierung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs nicht durch wettbewerbsverzerrende Subventionen konterkariert wird. kr

Polen

Neue Wirtschaftsgesetze

In Polen wächst der Reformdruck weiter. Daher bekräftigte der neue Ministerpräsident Rakowski, kurz nach seinem Amtsantritt im Oktober 1987, seine Entschlossenheit zu schnellen und radikalen Reformen. Den Worten folgten bald mutige Taten: Schließung unrentabler Betriebe, Durchforstung des Vorschriftendschungels, Abschaffung des Staatsmonopols beim Aufkauf von Agrarprodukten, Förderung des Unternehmungsgeistes, Neuformulierung des Entwurfs für das Joint-Venture-Gesetz.

Unmittelbar vor Weihnachten verabschiedete das polnische Parlament wichtige Gesetze: das Gesetz über die Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen sowie das neue Joint-Venture-Gesetz. Um die zentrale Ebene der neuen Konstitution der Wirtschaft anzupassen, wurde die Staatliche Plankommission durch ein Zentrales Planungsamt mit rein strategischen Aufgaben ersetzt. Das Gesetz über die Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen schafft gleiche Bedingungen für Privatunternehmer, Genossenschaften und staatliche Betriebe. Das dem Gesetz zugrunde liegende allgemeine Prinzip: was nicht ausdrücklich verboten ist, das ist erlaubt, soll Eigeninitiative freisetzen. Das neue Joint-Venture-Gesetz, frei von Mehrheitsklauseln und mit günstigeren Steuer- und Devisenvorschriften, soll in noch stärkerem Maße Auslandskapital anlocken und den ökonomischen Wandel unterstützen.

Die beiden Gesetze werden von der polnischen Führung als Hauptsäulen des Reformprogramms gesehen, mit dessen Hilfe bis 1995 ein wirtschaftliches Gleichgewicht erreicht werden soll. Die Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele setzt aber eine aktive Beteiligung der Bevölkerung an dem Reformprozeß sowie ihre Bereitschaft zur Übernahme der Reformlasten voraus. Ob die Regierung mit einem solchen Engagement der Bevölkerung rechnen kann und ob das tiefverwurzelte Mißtrauen gegenüber ihrer bisherigen Sanierungspolitik überwunden ist, werden erst die nächsten Monate zeigen. ap